

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Am Hang 9 · 48341 Altenberge

Gemeinde Altenberge
Herrn Bürgermeister
Karl Reinke
Kirchstr. 25
48341 Altenberge



**Fraktion
Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Rat der Gemeinde Altenberge**

**Ursula Kißling
Stefan Lammers**

**Anschrift
Ursula Kißling
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Am Hang 9
48341 Altenberge
Tel.: 02505 / 3689 (U. Kißling)
02505 / 937407 (S. Lammers)
sprecherteam@gruene-altenberge.de**

Altenberge, 21. Januar 2021

Antrag „Initiative Seebrücke / Städte Sicherer Häfen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Karl,

hiermit bitten wir, den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zur Beratung und Entscheidung zu stellen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Altenberge erklärt sich mit der Initiative Seebrücke solidarisch, tritt dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ bei und wird damit zum „Sicheren Hafen“ für geflüchtete Menschen.
2. Die Gemeinde Altenberge ist grundsätzlich bereit, im Rahmen ihrer Kapazitäten geflüchtete Menschen aufzunehmen und vertritt dies gegenüber der Landes- und Bundesregierung.
3. Die Gemeinde Altenberge bietet im Rahmen ihrer Kapazitäten zusätzliche Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Familien aus griechischen Auffanglagern und den Flüchtlingslagern auf dem Balkan an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Aufnahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und Familien nach Deutschland zu schaffen.

Begründung:

Wie man den aktuellen Medienberichten entnehmen kann, wird die Situation in den Flüchtlingslagern vor allem in Griechenland und Bosnien von Tag zu Tag unerträglicher. Der Brand und der harte Winter mit Schnee und Kälte haben die Situation in den Flüchtlingslagern noch weiter verschärft.

In den Lagern auf Lesbos, Samos, Kos, Leros und Chios, die zusammen für rund 6.000 Personen ausgelegt sind, leben aktuell etwa 40.000 Menschen auf engstem Raum. Es besteht weder vollständiger Zugang zu fließendem Wasser noch die Möglichkeit, sich vor einer Infektion wie dem Corona-Virus zu schützen oder auf medizinische Infrastruktur zurückzugreifen. Nicht-Regierungsorganisationen warnen deshalb bereits seit Monaten vor einer humanitären Katastrophe mit unzähligen Toten, sollte sich das Virus in den Lagern ausbreiten.

Ohne jede Perspektive und angefeindet von der örtlichen Bevölkerung versuchen viele der auf engstem Raum eingepferchten Menschen ihrer verzweifelten Lage zu entkommen. Andere nehmen sich aus Verzweiflung das Leben.

Besonders dramatisch ist diese unhaltbare Situation für die schwächsten Bewohner*innen der Flüchtlingslager: Familien mit Kindern sowie unbegleitete Kinder und Jugendliche. Ohne professionelle Betreuung, geschweige denn Schulunterricht, nur mit dem täglichen Kampf ums Dasein beschäftigt, sehen die minderjährigen Geflüchteten einer ungewissen Zukunft entgegen.

Zahlreiche Städte (zurzeit ca. 220 Städte, Stand Januar 2021) bieten die Aufnahme von Geflüchteten in Not an. Unsere Gemeinde sollte hinter dieser Welle von Hilfsbereitschaft und Solidarität nicht zurückbleiben und einer Gruppe von hilfsbedürftigen Personen in den griechischen Auffanglagern hier helfen.

Davon unbenommen muss es selbstverständlich das Ziel bleiben, eine gemeinsame europäische Lösung zu finden, um den Menschen in den Flüchtlingslagern zu helfen und die besonders Hilfsbedürftigen unter den Geflüchteten zügig auf möglichst viele europäische Staaten aufzuteilen. Langfristig müssen auch mit Hilfe europäischer Diplomatie in den Herkunftsländern der geflüchteten Menschen möglichst bald wieder lebenswerte Zustände hergestellt werden, damit Fluchtgründe entfallen.

Anlage 1: Forderungen SEEBRÜCKE

Anlage 2: Potsdamer Erklärung

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktionssprecherteam



Ursula Kißling



Stefan Lammers



Sicheren Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des

TRÄGERVEREIN

Menschen Menschen Menschen e.V.
Ulrichstraße 100, 10117 Berlin
030 47 62 62 62

KONTAKT

Telefon: +49 30 47 62 62 62
kontakt@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE 07 430 06 06 07 16 01 00 00 00
BIC: GENODE33HAN
GLS: 430 06 06 07 16 01 00 00 00



Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).
7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Ulrichsstr. 17/18
10447 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 57 566 150
E-Mail: kontakt@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE074 100 000 716 010 550 1
BIC: 251203310GLS
GLS Gemeinschaftsbank

Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019
Die Städte Sicherer Häfen